



# Wahlkreis | KURIER

**Maik Kowalleck**  
Mitglied des Thüringer Landtags

**CDU Fraktion**  
im Thüringer Landtag

Ausgabe 28 | Januar/Februar 2013

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

*Eigentum verpflichtet - Ein Ausspruch der insbesondere auf den Hausbesitzer zutrifft. Neben Grundsteuer, Straßen- ausbau- und anderen Beiträgen rollen aktuell auch Belastungen im Rahmen der sogenannten Energiewende auf ihn zu. Die Umsetzung neuer Vorschriften und Standards für die energetische Sanierung von Gebäuden gibt es in der Regel nicht zum Nulltarif. Dass ein Umdenken im energiepolitischen Sektor notwendig ist, steht außer Frage, doch darf auch die Wirtschaftlichkeit nicht außer Acht gelassen werden. Unbesehen aller Förderkredite und Zuschüsse müssen Standards in diesem Bereich auch immer auf Verhältnismäßigkeit und das wirklich Machbare geprüft werden.*

*Mit der neuen Thüringer Bauordnung, die jüngst im Kabinett beschlossen wurde, soll Bürokratie abgebaut und insbesondere die Erfordernisse der Energiewende und des barrierefreien Bauens berücksichtigt werden. So wurde beispielsweise der Katalog der verfahrensfreien Baumaßnahmen erweitert und die Wärmedämmung gebührenfrei gestellt.*

*Besonders begrüßenswert aus meiner Sicht, dass die neue Bauordnung den Kommunen bessere Möglichkeiten eröffnet, Häusern, die dem Verfall preisgegeben sind, zu Leibe zu rücken. Künftig können die Behörden auch ohne konkrete Gefahrensituation eine leer stehende Schrottimmoblie beseitigen lassen.*

*Seit geraumer Zeit hatte die Stadt Saalfeld mit Hinweisschildern vor den betroffenen Häusern auf derartige Missstände aufmerksam gemacht. Aber auch viele andere Gemeinden in meinem Wahlkreis sind betroffen. Es bleibt allen Beteiligten zu wünschen, dass die neue Regelung hilft, die innerörtlichen Schandflecke zu beseitigen.*

Ihr Landtagsabgeordneter

Maik Kowalleck

## Neues aus dem Wahlkreis

### Ministerpräsidentin übernimmt Schirmherrschaft

Im Jahr 2014 wird die Kreisstadt Saalfeld mit dem 100. Jubiläum der „Saalfelder Feengrotten“ einen ganz besonderen Höhepunkt begehen können. 1914 wurde in Saalfeld die wiederentdeckte ehemalige Alaunschiefergrube „Jeremias Glück“ als Besucherbergwerk unter dem Namen „Saalfelder Feengrotten“ eröffnet. Seitdem besuchten über 18 Millionen Gäste das faszinierende Reich unter Tage mit den farbenreichsten Schaugrotten der Welt. Das touristische Highlight trug in nicht unerheblichem Maße dazu bei, den Bekanntheitsgrad Saalfelds weit über die Landesgrenzen hinaus zu erhöhen.



Für die Stadt mit der "Steinernen Chronik Thüringens" ein guter Grund, 2014 zum Festjahr und den Monat Juni in Verbindung mit der Wiedereröffnung des Marktplatzes zum Festmonat zu erklären. Dies wiederum war für den Landtagsabgeordneten Maik Kowalleck, Bürgermeister Matthias Graul sowie die Geschäftsführerin der Feengrotten und Tourismus GmbH GmbH Yvonne Wagner ein würdiger Anlass, Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht die Übernahme der Schirmherrschaft für das Festjahr anzutragen und damit nochmals den Stellenwert des Jubiläums zu unterstreichen. Während eines gemeinsamen Gesprächs am 23. Januar 2013 im Thüringer Landtag sagte die Ministerpräsidentin die Übernahme der Schirmherrschaft zu. Gelegenheiten für einen persönlichen Besuch in Saalfeld dürfte es im Festjahr für die Schirmherrin reichlich geben.

## Finanzminister stellt Landes-Doppelhaushalt vor

Für den 5. Februar hatte der CDU-Kreisverband zu einer Informationsveranstaltung mit Thüringens Finanzminister Dr. Wolfgang Voß zum Thema "Der Landeshaushalt 2013/14 - Perspektiven für unseren Landkreis Saalfeld-Rudolstadt und seine Gemeinden" eingeladen.

Im Saalfelder Restaurant Bergfried begrüßte Landtagsabgeordneter Maik Kowalleck, der zugleich stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Haushalt und Finanzen ist, mehr als 50 Bürger, darunter Vertreter von Kommunen und Unternehmen.



Der Minister ließ in seinem einführenden Vortrag über den Landeshaushalt 2013/2014 und den neugeregelten kommunalen Finanzausgleich keinen Zweifel daran, dass die Haushaltskonsolidierung in den kommenden Jahren Vorrang habe.

Die umfangreichen Investitionen in den zurückliegenden Jahren hätten sich gelohnt. Thüringen sei unter den neuen Ländern Spitzenreiter bei der Wirtschaftsdynamik und weise die geringste Arbeitslosigkeit auf. Allerdings müsse man nun daran gehen, die Verschuldung des Landes zu reduzieren, um auch zukünftig Gestaltungsspielräume zu erhalten. Zudem sei der Zenit der Einnahmen erreicht. Der 2019 auslaufende Solidarpakt, die rückläufige EU-Förderung, die sinkenden Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und die demographische Entwicklung werden dazu führen, dass der Freistaat Thüringen bis zum Jahr 2020 über rund 20 % weniger Einnahmen verfügen wird.

Mit dem Beschluss über den Doppelhaushalt 2013/2014 hat sich das Land verpflichtet, keine neuen Schulden aufzunehmen und jährlich 130 Millionen Euro Altschulden zu tilgen. „Kein anderes Flächenland senkt seine Ausgaben in gleichem Maße ab wie Thüringen“, so Voß. Der Minister warb in seinen Ausführungen auch für den reformierten kommunalen Finanzausgleich. Mit ihm verfüge Thüringen nun über ein faires Ausgleichssystem, das den Landkreisen, Städten und Gemeinden langfristige Planungssicherheit bei der Aufstellung eigener Haushalte gebe.

Zur Abmilderung von Härtefällen in der Übergangszeit wurde bis 2015 ein Garantiefonds für Anpassungshilfen eingerichtet. Voß wies darauf hin, dass der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt 2013 mit Zuweisungen in Höhe von 3,1 Millionen Euro unter allen Kreisen am meisten von diesem Fonds profitiere.

In der sich anschließenden Diskussion nahm die Frage, wie Landkreise und Kommunen den ständig wachsenden Aufgaben und Aufwendungen gerecht werden sollen, breiten Raum ein. Mitarbeiter von Landkreis- und Gemeindeverwaltungen äußerten ihre Bedenken und unterbreiteten Vorschläge. Seitens der Wirtschaft wurde angemahnt, die öffentlichen Haushalte nicht für Wahlversprechen zu missbrauchen. Man könne nur ausgeben, was man auch zu finanzieren ist.

Der Finanzminister erläuterte detailliert Grundlagen für die Berechnung des Finanzausgleichs und versicherte, dass das System kein Dogma sei, sondern fortgeschrieben werde. Die Vorschläge nehme er mit.

Zudem sei der Freistaat auch in der Pflicht, sich mit den Vorschlägen für eine Funktional- und Verwaltungsreform zu befassen und das Personalabbaukonzept konsequent zu verfolgen, damit die Konsolidierung des Landeshaushalts gesichert werden kann. Mit den Worten „Lassen Sie uns mutig weitergehen. Thüringen hat sich gut entwickelt. Es gibt keinen Grund, die bestehenden Probleme nicht anzugehen.“ beschloss der Minister seine Ausführungen im offiziellen Teil der Veranstaltung.

## Grünes Licht für Bürgermobil



Wie kann die Versorgung im ländlichen Raum insbesondere für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Senioren gesichert und verbessert werden? In der Einheitsgemeinde Stadt Leutenberg

wurde die Idee des Bürgermobils gemeinsam mit dem AWO Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt in die Tat umgesetzt. Mittels Kleinbus der AWO, ehrenamtlicher Fahrer und der Unterstützung der Stadtverwaltung konnte ab September 2010 die Mobilität genau dieser Bürger verbessert werden. Ob Amts- und Arztbesuche, Versorgungsfahrten oder der Besuch öffentlicher Veranstaltungen – das Bürgermobil fand Zuspruch.

Der praktische Probelauf des bisher für Thüringen einmaligen Pilotprojektes zeigte jedoch schon bald seine Tücken. Da der Betrieb des Bürgermobils in Details im Widerspruch zum Personenbeförderungsgesetz stand, wurden die Fahrten bis auf weiteres eingestellt.

Im Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr wurde mit allen Beteiligten nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht. Wie sich herausstellte kein einfaches Unterfangen. Vor wenigen Tagen erhielt Landtagsabgeordneter Maik Kowalleck auf Nachfrage im Thüringer Verkehrsministerium die Information, dass für die Betreuung eines Bürgermobils nunmehr aus rechtlicher Sicht grünes Licht gegeben werden kann. In einem Schreiben bestätigt die Behörde, dass am 1. Januar 2013 zahlreiche Änderungen zum Personenbeförderungs-gesetz (PBefG) in Kraft getreten sind. Geändert hat sich auch § 1 PBefG. Danach unterliegen Beförderungen mit Personenkraftwagen nicht dem PBefG, wenn das Gesamtentgelt die Betriebskosten der Fahrt nicht übersteigt oder (neu) wenn diese unentgeltlich sind. Dies gilt ab Januar 2013 auch, wenn die Beförderungen geschäftsmäßig sind. Damit sind die rechtlichen Voraussetzungen für den Betrieb des Bürgermobils eindeutig geregelt.

Bleibt die Frage zu klären, ob die Ampel für das Leutenberger Pilotprojekt auch praktisch wieder von rot auf grün schaltet. Nach der langen Auszeit stehen die bisherigen ehrenamtlichen Fahrer nicht mehr zur Verfügung, die laufende Organisation durch die Stadtverwaltung ist aufgrund der aktuellen Personalsituation nicht möglich und die Frage der Finanzierung ist zu prüfen. Die Fortsetzung steht und fällt mit dem ehrenamtlichen Engagement.

Für Kowalleck ist die Gesetzesänderung auf jeden Fall ein wichtiger Meilenstein für die Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum. „Wir brauchen gerade in Zeiten rückläufiger Finanzmittel und steigender Kosten beim öffentlichen Personennahverkehr neue Konzepte für eine flexible und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung. Das Projekt Bürgermobil ist beispielgebend.“ Kowalleck hatte sich deshalb in dieser Woche mit den beiden Hauptakteuren, Bürgermeister Klaus-Dieter Marten und AWO-Geschäftsführer Andreas Krauß, getroffen. Im Ergebnis der Beratung sind Gespräche mit Behörden, potentiellen Sponsoren und örtlichen Vereinen geplant.

### Stammtisch „Politik-Wirtschaft-Feuerwehr“



Der Feuerwehrverband Saale-Schwarza e.V. hat im Rahmen des Demokratie-Projektes "Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen - demokratiestarke Feuerwehren in Thüringen" einen Stammtisch zum Thema

"Politik - Wirtschaft - Feuerwehr" durchgeführt.

Eine gute Veranstaltung, die zukünftig mehr Interesse verdient. Auf jeden Fall habe ich zahlreiche Anregungen mitgenommen. In den nächsten Wochen werde ich u.a. verstärkt für einen besseren Kontakt zwischen Feuerwehr und einheimischer Wirtschaft werben.", so der Saalfelder Landtagsabgeordnete Maik Kowalleck nach der Veranstaltung.

### Gespräch auf Schloss Friedensburg

Im Leutenberger Fachkrankenhaus für Dermatologie "Schloss Friedensburg" fand am 3. Januar ein Informationsgespräch zur Arbeit der Einrichtung statt.



Vor Ort erfolgen Behandlungen im Sinne eines Diagnose- und Therapiekonzeptes nach naturheilkundlichen und schulmedizinischen Grundsätzen. "Besonders beeindruckt bin ich jedes Mal von den Behandlungserfolgen bei den Kleinkindern mit chronischen und allergischen Erkrankungen. Das Team des Fachkrankenhauses leistet eine hervorragende Arbeit und ist eine wichtige Institution für die gesamte Region.", sagte der Saalfelder Landtagsabgeordnete Maik Kowalleck während des Gesprächs mit Thüringens Sozialministerin Heike Taubert und den Mitarbeitern der Einrichtung.

### Neues aus dem Thüringer Landtag

### Basisdialog zur Verwaltungsmodernisierung

Die Thüringer Union hat auf einer Klausurtagung des Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden am Wochenende (15./16.2.) in Ilmenau ihren Dialog zur Verwaltungsreform im Freistaat gestartet. In einem breit angelegten Diskussionsprozess will die CDU das Gutachten zur Verwaltungs- und Funktionalreform mit Mitgliedern und Bürgern auswerten und diskutieren. Hierzu setzte der Parteivorstand eine Kommission „Moderne Verwaltung 2020“ unter Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Christian Carius ein.

In der Kommission werden alle 23 Kreisverbände mitarbeiten. Zudem setzt die CDU-Landtagsfraktion ihre Onlinediskussion zur Verwaltungsreform unter [www.verwaltungsreform-thueringen.de](http://www.verwaltungsreform-thueringen.de) fort.

Der Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden der CDU beschloss eine 5 Punkte umfassende erste Stellungnahme zum Gutachten zur Verwaltungs- und Funktionalreform:

1. Die Thüringer Union hat gemeinsam mit den Bürgern in den letzten 22 Jahren den Freistaat erfolgreich gestaltet. Wir sehen den Bericht der Kommission neben den Ergebnissen der Enquetekommission zu zukunftsfähigen Verwaltungs- und Gebietsstrukturen aus der 4. Wahlperiode als Arbeitsgrundlage für den weiteren Dialog über die Reformpolitik im Freistaat.

2. Wir sprechen uns für eine Verwaltungsreform mit folgenden Zielen aus:

- Überprüfung und Abbau von Aufgaben und Standards
- Modernisierung und Verschlinkung der Landesverwaltung
- Personalabbau entsprechend der demografischen Entwicklung
- ein dreistufiger Verwaltungsaufbau und ein starkes, aber schlankes Landesverwaltungsamt als Bündelungsbehörde
- Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit

3. Wir kritisieren, dass wesentliche Fragen aus dem Gutachtauftrag, wie Aufgabenkritik, Prüfung finanzieller Auswirkungen und Effizienzgewinne auf Landes- und kommunaler Ebene nicht beantwortet wurden.

4. Der Bericht der Kommission zur Verwaltungs- und Funktionalreform bietet für uns keine Basis zum Einstieg in eine Gebietsreform.

5. Wir stehen für Reformen mit Augenmaß. Gemeindegrößen von 12 000 Einwohnern und Kreise von der bayerischen bis zur sachsen-anhaltischen Grenze lehnen wir als lebensfern und nicht thüringergerecht ab.

### Hortkostenbeteiligungsverordnung überarbeitet

Die Hortkostenbeteiligungsverordnung kommt mit weniger Einkommensstufen aus als ursprünglich geplant und die Erhöhungen fallen geringer aus. Darauf hat der CDU-Abgeordnete Maik Kowalleck hingewiesen. Das Kultusministerium hat seinen Entwurf auf Betreiben der CDU-Landtagsfraktion geändert. Die Union hatte im vergangenen November Einwände gegen die kleinteilige Staffelung erhoben und die Gebührenerhöhungen bemängelt.

„Damit wird unnötiger Verwaltungsaufwand und ein übermäßiger Anstieg der Elternbeiträge vermieden“, sagte Kowalleck, der dem Bildungsausschuss des Landtags angehört.

Das Kultusministerium hatte ursprüngliche fünf Einkommensstufen statt der bis dahin drei vorgesehen und für die oberen Stufen erhebliche Erhöhungen veranschlagt. Die CDU-Fraktion befürchtete, dass „die Zahl derer zunehmen wird, die für eine niedrigere Gebühr ihre Einkommensverhältnisse offenlegen werden. Die Angaben hätten dann auch nachgeprüft werden müssen“, umriss Kowalleck die Sorge der Kommunen als den für die Horte zuständigen Schulträger. Nach der alten Verordnung zahlten die meisten Nutzer zwar den höchsten Beitrag, er war jedoch deutlich niedriger als vom Kultusministerium vorgeschlagen.

Kultus- und Finanzministerium haben den Entwurf unterdessen überarbeitet. „Wir hoffen, dass die nun festgesetzten vier Stufen und weitere Vereinfachungen Verwaltungsmehraufwand vermeiden helfen. Auch dem Anliegen der Landeselternvertretung nach einer familienfreundlichen Kostenregelung wird mit dem abgewandelten Verordnungsentwurf Rechnung getragen“, sagte Kowalleck abschließend.

### Mehr Rechte für Bürger

Die Thüringer sollen sich mit ihren Problemen und Sorgen künftig besser Gehör beim Landtag verschaffen können. Das sieht ein geändertes Petitionsgesetz vor, das vom Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD beschlossen wurde. Linke, FDP und Grüne, die eigene Regelungen vorgeschlagen hatten, enthielten sich der Stimme. Möglich sind nun öffentliche Petitionen, wie es sie nach Angaben der Koalitionsfraktionen bisher nur im Bundestag sowie in Rheinland-Pfalz und Bremen gibt. Wenn sich mindestens 1500 Bürger für eine öffentliche Petition stark machen, müssen sich die Fachausschüsse des Landtags mit ihrem Anliegen befassen. Zudem können die Bürger Beauftragte benennen und zu Anhörungen im Landtag schicken. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Heym bezeichnete das Gesetz als „Änderung mit Augenmaß. Er stärkt die Petenten, ohne damit zugleich den Vollzug von Verwaltungsmaßnahmen lahmzulegen.“ Das Gesetz ziele zudem auf eine stärkere Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen ab. So können Petitionen künftig auch in Brailleschrift und in Gebärdensprache eingereicht werden.

#### Impressum:

Herausgeber: CDU-Bürgerbüro, MdL Maik Kowalleck  
Obere Straße 17, 07318 Saalfeld  
Telefon/Fax: 03671 625279  
E-Mail: [info@maik-kowalleck.de](mailto:info@maik-kowalleck.de)  
Internet: [www.maik-kowalleck.de](http://www.maik-kowalleck.de)  
[www.wahlkreisurier.de](http://www.wahlkreisurier.de)